



**36. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung,
Umweltschutz und ländliche Entwicklung**

Gremium: Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz
und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin: Donnerstag, 22.03.2012, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.
79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.02.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Wiedervorlagen
 - 2.1 Umweltbelange beim Straßenausbau stärken **12/SVV/0027** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 2.2 Reduzierung von Verkehrslärm in der Friedrich-Engels-Straße **12/SVV/0031** Fraktion SPD
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Ökologische Baubegleitung bei Straßenbaumaßnahmen **12/SVV/0086** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **KOUL (ff)**
 - 3.2 Kompensationsflächenkataster **12/SVV/0087** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.3 Verkehrsberuhigung Straße Am Sportplatz Groß Glienicke **12/SVV/0123** Fraktion SPD
 - 3.4 Tourismusbuskonzept **12/SVV/0132** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.5 Gewerbeflächensicherung **12/SVV/0157** Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

- 4 Berichte und Informationen
- 4.1 Information zu Fund- und Verwahrtieren
- 5 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.01.2012 und vom 16.02.2012

Gäste:

Herr Thomas Schenke	FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Bernd Kahle	Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung
Herr Dirk Volkmann	Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung
Frau Ulrike Kucharzyk	Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung
Herr Jochen Garms	Bereich Grünflächen
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Frau Marina Kluge	FB Ordnung und Sicherheit
Herr Wolfgang Hülsebeck	FB Feuerwehr
Frau Marlene Zierock	Bereich Umwelt und Natur
Herr Matthias Barge	Bereich Beteiligungsmanagement
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.01.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Wiedervorlagen
 - 2.1 Bericht zu neuen Regelungen Fäkalienabfuhr
Vorlage: 11/SVV/0961
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
 - 2.2 Seebühne des Hans Otto Theaters
Vorlage: 11/SVV/0784
Fraktion DIE LINKE
 - 2.3 Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0869
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 2.4 Einwohnerversammlung Eiche am 21.06.2011 zur Planung einer Straßenbahnanbindung nach Golm
Vorlage: 11/SVV/0644
FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 2.5 Planungsworkshop Verkehrssituation in Eiche und Golm
Vorlage: 11/SVV/0802
Fraktion SPD
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.2 Strukturanalyse des Lkw-Verkehrs und Fortschreibung des Lkw-Führungskonzeptes
Vorlage: 12/SVV/0019
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 3.3 Reduzierung von Verkehrslärm in der Friedrich-Engels-Straße
Vorlage: 12/SVV/0031
Fraktion SPD
 - 3.4 Umweltbelange beim Straßenausbau stärken
Vorlage: 12/SVV/0027
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.5 Konzessionsvertrag für die Stromversorgung in den Ortsteilen Groß Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn, Uetz-Paaren und Fahrland
Vorlage: 11/SVV/0953
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 3.6 Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Abfallwirtschaftskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2011 - 2016
Vorlage: 12/SVV/0007
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 4 Straßenreinigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam (Teil Winterdienst) 2012
Vorlage: 12/SVV/0136
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 5 Straßenreinigungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam (Teil Winterdienst) 2012
Vorlage: 12/SVV/0137
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Qualitäten in der Speicherstadt sichern (vorgelagerter Uferweg Mittlere Speicherstadt)
Vorlage: 12/SVV/0029
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 7 Berichte und Informationen
- 7.1 Information zum aktuellen Stand Rahmenkonzeptes Babelsberger Livenacht
- 7.2 Information zur Feuerwehrstatistik 2011
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Heuer.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.01.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 12.01.2012

Herr Heuer teilt mit, dass Herr Menzel um folgende Korrektur zum TOP 2.2 Lärmaktionsplan gebeten hat: *„Abschließend fragt Herr Menzel, bis wann noch Ergänzungen zum Lärmaktionsplan (wie z. B. die Ausweisung weiterer ruhiger Gebiete) möglich sind. Herr Schmäh antwortet bis März April des Jahres.“*

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die so korrigierte Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der Niederschrift wird somit zugestimmt.

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Menzel bittet um Aufnahme der Parkplatzsituation im Umfeld der MBS Arena sowie der Baumfällungen am Groß Glienicker Seeufer in die Tagesordnung. Da nach seinen Informationen das Verfahren Turnstr./Müllerstr. nun beigelegt sein soll, bittet er diesbezüglich um Informationen.

Bezüglich der Parkplatzprobleme und des Verkehrs bei Veranstaltung in der MBS Arena gab es Hinweise aus der Bevölkerung. Am Groß Glienicker Seeufer wurden um die Badestelle wieder einige Erlen gefällt, viele Bäume sind im Uferbereich gekennzeichnet.

Herr Heuer schlägt vor, dies im Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ zu thematisieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der Tagesordnung wird somit zugestimmt.

zu 2 Wiedervorlagen**zu 2.1 Bericht zu neuen Regelungen Fäkalienabfuhr****Vorlage: 11/SVV/0961**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenke (FB Grün- und Verkehrsflächen) informiert, dass sich die am 01.01.2010 in Kraft getretene Satzung in der Praxis bewährt hat. Es gibt eine Übereinkunft mit dem VGS, dass die Betriebskostenabrechnungen für die Kleingärten im Eigentum des Kommunalen Immobilienservice auf direktem Weg erfolgen.

Herr Vogel bestätigt dies. Er weist aber auch darauf hin, dass das Verfahren in den Kleingärten z.Zt. noch nicht läuft und die Vereine überfordert sind, da die Vereinsarbeit ehrenamtlich erfolgt.

Herr Schenke erklärt, dass derzeit ein Datenabgleich erfolgt und ca. im April 2012 die Bescheide ergehen.

Herr Jäkel schlägt vor, dies in einem Monat nochmals zu thematisieren um zu sehen, ob es eine Klärung gab.

Herr Heuer schlägt vor, dies im nächsten Kleingartenbeirat zu besprechen. Wenn sich herausstellt, dass es nicht funktioniert, sollte sich der KOUL-Ausschuss mit dem Thema erneut befassen.

Herr Menzel fragt nach den Altanlagen (Dreikammer- und Sickergruben).

Herr Schenke erklärt, dass die Abrechnung nach dem Trinkwassermaßstab erfolgt. Für Sammelgruben ist ein Dichtheitsnachweis vorzulegen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 2.2 Seebühne des Hans Otto Theaters

Vorlage: 11/SVV/0784

Fraktion DIE LINKE

Herr Heuer weist darauf hin, dass das Lärmgutachten aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht erstellt werden kann. Er fragt die antragstellende Fraktion, wie weiter mit dem Antrag umzugehen ist und bittet, dies innerhalb der Fraktion zu klären.

zu 2.3 Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0869

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Kahle (Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) bringt die geänderte Drucksache ein und erklärt anhand einer Präsentation die Änderungen. Er erörtert die Änderungen im Bereich Speicherstadt/Leipziger Straße, Kirchsteigfeld Süd und Geoforschungszentrum/Telegrafenberg. Er weist darauf hin, dass die nördliche Grenze des Wissenschaftsparks in die ursprüngliche Darstellung des FNP von 2001 zurückgeführt wird. Eine weitere Änderung betrifft den Lerchensteig. Hier wird die Darstellung als Campingplatz in eine Sportfläche geändert.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

1. Die Änderungen des Flächennutzungsplan-Entwurfes nach der erneuten öffentlichen Auslegung (Stand: 09.02.2011) werden beschlossen (s. Anlage 1).
2. Die Abwägung über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Flächennutzungsplan-Entwurf (Stand: 05.08.2010, sowie Stand: 09.02.2011) wird gebilligt (s. Anlage 2 ohne Teil B/Kirchsteigfeld- Süd).
3. Der parallel mit dem Flächennutzungsplan aufgestellte Landschaftsplan wird zur Kenntnis genommen. In weiteren Planungen und Verwaltungsverfahren sind die im Landschaftsplan für die örtliche Ebene konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.
4. Der Entwurf des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Potsdam mit Umweltbericht wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum 4. Mal öffentlich ausgelegt (s. Anlage 3).
Der gemäß § 7 Abs. 5 Brandenburgisches Naturschutzgesetz aufzustellende Landschaftsplan der Landeshauptstadt Potsdam mit Strategischer Umweltprüfung wird zum 4. Mal öffentlich ausgelegt (s. Anlage 4).
5. Stellungnahmen können gemäß § 4a Abs. 3 BauGB nur zu den geänderten Teilen des Entwurfes abgegeben werden (s. Anlage 5).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 2.4 Einwohnerversammlung Eiche am 21.06.2011 zur Planung einer Straßenbahn-anbindung nach Golm

Vorlage: 11/SVV/0644

FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen 11/SVV/0644 und 11/SVV/0802 gemeinsam zu beraten.

Frau Schneider fragt nach dem Stand der vertiefenden Untersuchung.

Herr Kahle (Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) verweist auf das Stadtentwicklungskonzept Verkehr, nach dem speziell zur Trasse Golm eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen ist. Die vertiefende Untersuchung ist noch nicht beauftragt.

Herr Jäkel verweist auf den Beschluss 11/OBR/0127 des Ortsbeirates Eiche vom 25.08.2011. Er bittet darum, dass der Wortlaut des einstimmig gefassten Beschlusses dem Protokoll als Anlage beigefügt wird. Bittet, den Wortlaut dem Protokoll beizufügen.

Trägt den 3. Punkt im Wortlaut vor: *„Im Falle der Weiterentwicklung des Potsdamer Straßenbahnnetzes fordert der Ortsbeirat, keine Straßenbahnlinie zu planen oder zu bauen oder vertieft zu untersuchen, die die bestehende Ortslage Eiche durchschneiden würde. Insbesondere sind alle Varianten von vornherein auszuschließen, die bestehende Wohngrundstücke, Wohnhäuser oder Vorgärten durchqueren oder anderweitig die Wohnbedingungen von Einwohnern unzumutbar belasten würden.“*

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 2.5 Planungsworkshop Verkehrssituation in Eiche und Golm

Vorlage: 11/SVV/0802

Fraktion SPD

Herr Heuer schlägt folgende Änderung im letzten Satz des Antrages vor: *„Grundlage für die Durchführung des Planungsworkshops ~~ist der Verzicht~~ **ist die Kenntnis eines Votums aus dem Workshop vom 21.06.2011 in Eiche über** weitere Planungen hinsichtlich einer Erschließung Eiches und Golms mit der Straßenbahn (Beschluss zum STEK V).“*

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam führt nach Vorlage der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzepts Verkehr (STEK V) im 1. Quartal 2012 unter Einbeziehung der Ortsbeiräte einen Planungsworkshop für die Ortsteile Eiche und Golm durch.

Im Rahmen des Planungsworkshops sollen insbesondere die optimale Erschließung des Wohngebietes „Altes Rad“ durch den ÖPNV, die Fragen zur Bewältigung der Pendlerströme zu den verschiedenen Verkehrszeiten und das LKW-Führungskonzept geklärt werden. Grundlage für die Durchführung des Planungsworkshops ~~ist der Verzicht~~ **ist die Kenntnis eines Votums aus dem Workshop vom 21.06.2011 in Eiche über** weitere Planungen hinsichtlich einer Erschließung Eiches und Golms mit der Straßenbahn (Beschluss zum STEK V).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	3

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**zu 3.1 Stadtentwicklungskonzept Verkehr (StEK Verkehr)****Vorlage: 12/SVV/0033**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Volkmann (Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) bringt die Beschlussvorlage ein und gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation Erläuterungen.

Herr Heuer schlägt vor, in der heutigen Sitzung eine erste Lesung durchzuführen und Fragen zu stellen. In einer späteren Ausschusssitzung sollte dann nach erfolgter öffentlicher Debatte die zweite Lesung und ggf. die Abstimmung über die Drucksache erfolgen.

Herr Kirsch spricht die mögliche Führung einer Tramstrecke über die Großbeerenstraße und Friedrich-Engels-Straße. Er fragt, wie die Streckenführung in der Großbeerenstraße verlaufen soll.

Herr Volkmann erklärt, dass hierzu eine vertiefende Untersuchung geführt werden sollte.

Herr Jäkel stellt fest, dass es seiner Meinung nach erhebliche Schwächen im Konzept gibt. Er berichtet, dass er festgestellt hat, dass man vom OT Eiche bis zum Bahnhof Rehbrücke mit dem PKW ca. die Hälfte der Zeit benötigt, wie mit dem ÖPNV.

Zum StEK Verkehr hat er folgende Fragen:

1. Durch welche wissenschaftlich belegbare Untersuchung wurde die Zahl von 23% MIV für das Zielszenario 2025 ermittelt?
2. Welche anderen deutschen Landeshauptstädte kommen mit 23% MIV-Anteil aus?
3. Können Sie bitte eine Übersichtstabelle zum aktuellen Modal Split aller deutschen Landeshauptstädte (bezüglich ÖPNV, MIV, Fahrrad, Fußwege – wegen der Vergleichbarkeit) ausreichen?
4. Sind Sie bereit, im Zielszenario 2025 für Potsdam die Havelspanne als dritte Havelquerung (zwischen B 1 und B 2 neben der Eisenbahnquerung des Templiner Sees) nachzutragen?
5. Sind Sie bereit, die Karte 23 zu korrigieren, in dem Sie die verlängerte ISES aus der Karte entfernen?
6. Sind Sie bereit im Textteil den Tunnel Behlertstraße – Alleestraße als langfristig sinnvolle Option nachzutragen?
7. Sind Sie bereit, die die Ortslage Eiche durchschneidende Straßenbahntrasse nach Golm aus dem ÖPNV-Zielnetz zu entfernen?
8. Sind Sie bereit, die Forderung nach der Ausdehnung des Fährverkehrs zwischen Kiewitt und Hermannswerder bis zum Einbruch der Dunkelheit im Sommerhalbjahr im Konzept zu ergänzen?
9. Ist in dem vorliegenden Konzept der wenigstens halbstündliche Anschluß der Bahnhöfe Charlottenhof und Sanssouci-Wildpark per Regionalbahn in Richtung Berlin und Werder festgeschrieben?

Herr Menzel fragt, bis wann die Lärmbelastung deutlich minimiert werden kann und mit welchem Investitionsvolumen?

Frau Krüger bittet um Auskunft, welche Kosten durch die Erstellung des Konzeptes entstanden sind. Sie bittet um Ausführungen zu den Kosten der Maßnahmen und auch zu den Kosten zum Erhalt des Bestehenden.

Frau Lentz nimmt Bezug auf die Varianten zur Senkung der Feinstaubbelastung. Sie weist darauf hin, dass bei der Pfortnerrampe lediglich eine Verteilung des Feinstaubes erfolgt. Die anderen beiden Varianten (Tempo-30-Zone und Umweltzone) hätten den Vorteil der Minderung des Feinstaubes. Wenn im Nordraum eine P+R-Anlage eingerichtet werden soll, muss der Takt des ÖPNV verdichtet werden.

Herr Volkmann sagt zu, die Beantwortung der Fragen von Herrn Jäkel zuzuarbeiten. Die Beantwortung der Fragen von Herrn Menzel sind dem Lärmaktionsplan zu entnehmen. Bezüglich der Kosten für die Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr teilt Herr Volkmann mit, dass diese ca. 90.000 Euro betragen. Weitere Kosten werden zugearbeitet.

Parallel zum Stadtentwicklungskonzept Verkehr wurde der Luftreinhalte- und Aktionsplan erarbeitet, in dem u.a. auch die Antworten auf die Fragen von Frau Lentz enthalten sind.

Er bestätigt, dass bei der Einrichtung einer P+R-Anlage im Nordraum der Takt des ÖPNV auf 10 Minuten verdichtet werden muss.

Herr Kirsch bittet um die Benennung der Kosten für die Tramstrecke in der Großbeerenstraße.

Herr Menzel fragt nach Straßen mit hoher Lärmbelastung.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf den Lärmaktionsplan.

zu 3.2 Strukturanalyse des Lkw-Verkehrs und Fortschreibung des Lkw-Führungskonzeptes

Vorlage: 12/SVV/0019

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Kucharzyk (Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) bringt die Drucksache ein und gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation Erläuterungen.

Herr Rietz fragt, welchen Einfluss das Vorrangnetz auf den Lkw-Verkehr hat. Aus seiner Sicht ist es nicht wichtig, den prozentualen Anteil des Lkw-Verkehr zu betrachten, sondern die konkreten Zahlen.

Herr Jäkel fragt, welche Straßen vertieft betrachtet wurden. Aus seiner Sicht sind die Zeppelinstraße und die Breite Straße vertieft zu untersuchen und die Fahrbahnqualität zu verbessern. Er fragt, welche Überlegungen es zur Verminderung des LKw-Verkehrs in der Zeppelinstraße gibt.

Herr Kleinert fragt, zu welcher Jahreszeit die Messungen erfolgt sind. Er weist darauf hin, dass auch die Landmaschinen eingeordnet werden müssen.

Er weist darauf hin, dass in Bezug auf Fahrland die alten Planung herangezogen werden sollten, da z.B. Panzer über ein Wegenetz außerhalb der Ortschaften die Kasernen versorgt haben.

Herr König fragt, inwieweit die LHP auf die Unternehmer zugegangen ist, um diese dazu zu bewegen, nicht durch Potsdam zu fahren.

Herr Heuer hat festgestellt, dass ca. 90 % des LKW-Verkehrs Quell-Zielverkehr ist.

Frau Kucharzyk erklärt, dass die Zählung an einem Dienstag im März durchgeführt wurde. Es soll versucht werden, in Gesprächen mit den Unternehmen und Routingbetreibern den Durchfahrtsverkehr um die LHP herumzuführen. Für Zeppelinstraße und Breite Straße gibt es keine Alternative.

Herr Jäkel macht deutlich, dass es ihm um die dezidierte Untersuchung der Möglichkeiten geht. Hier sollte z.B. auch die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Nacht geprüft werden.

Frau Kucharzyk weist darauf hin, dass die Betrachtung zur Havelspanne in andere Konzepte eingeflossen ist. Die Auswahlkriterien entstanden aus politischen und öffentlichen Diskussionen.

Frau Anlauff spricht die fehlende Ermächtigungsgrundlage für das Nachtfahrverbot an.

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, Frau Anlauff die entsprechende Mitteilungsvorlage dazu zukommen zu lassen.

Herr Heuer weist darauf hin, dass der KOUL-Ausschuss die Federführung für die Drucksache hat. Da die Beschlussvorlage noch nicht in allen Ortsbeiräten beraten wurde schlägt er eine vorbehaltliche Abstimmung vor. Sollten sich aus den Ortsbeiratssitzungen noch Änderungen ergeben, wird die Drucksache nochmals im KOUL-Ausschuss thematisiert.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

1. Das überprüfte und angepasste Vorrangnetz für den Lkw-Verkehr wird mit dem weiteren Verwaltungshandeln umgesetzt (Anlage).
2. Die empfohlenen Maßnahmen für die Vertiefungsbereiche sind von der Verwaltung umzusetzen.
3. Maßnahmen, die nicht im laufenden Geschäft der Verwaltung umgesetzt werden können, sind als gesonderte Beschlussvorlage einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

zu 3.3 Reduzierung von Verkehrslärm in der Friedrich-Engels-Straße
Vorlage: 12/SVV/0031
Fraktion SPD

Herr Michalske bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Frau Kluge erklärt, dass sich in der Friedrich-Engels-Straße ein Messpunkt befindet, der regelmäßig durch die Bußgeldstelle bedient wird. Hierbei wurden im Jahr

2011 bei 1,8 % aller dort durchfahrenden Fahrzeuge Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt.

Die Betroffenheit der Straße durch Verkehrslärm ist Bestandteil der 2. Stufe des Lärmaktionsplanes. Sie sagt zu, die Einzelberechnungen nach der konkreten Berechnungsmethodik für den benannten Straßenabschnitt als Anlage zum Protokoll auszureichen.

Daraufhin stellt Herr Heuer den Antrag zurück.

zu 3.4 Umweltbelange beim Straßenausbau stärken

Vorlage: 12/SVV/0027

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Schenke erklärt, dass es ein Plangenehmigungsverfahren gibt, bei dem auch die Umweltverbände beteiligt sind.

Er weist darauf hin, dass bei beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahmen immer erst die betroffenen Anwohner beteiligt werden. Danach erfolgt die Trägerbeteiligung. Wenn im Zuge der Straßenbaumaßnahmen Baumfällungen erforderlich sind, erfolgt dies in Abstimmung mit der Umweltbehörde.

Er macht deutlich, dass eine Beteiligung der Umweltverbände erst nach der Planung erfolgen kann, da es da möglicherweise noch Änderung gibt.

Herr Menzel stellt den Antrag zurück.

zu 3.5 Konzessionsvertrag für die Stromversorgung in den Ortsteilen Groß Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn, Uetz-Paaren und Fahrland

Vorlage: 11/SVV/0953

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenke (FB Grün- und Verkehrsflächen) erklärt, dass mit der Drucksache das Ergebnis des Workshops im Juni 2011 vorliegt.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Konzessionsvertrag für die Stromversorgung in den Ortsteilen Groß Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn, Uetz-Paaren und Fahrland mit der Energie und Wasser Potsdam GmbH

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 3.6 Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Abfallwirtschaftskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2011 - 2016

Vorlage: 12/SVV/0007

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) bringt die Drucksache ein und weist darauf hin, dass mit der vorliegenden Beschlussvorlage die Auslegung des Abfallwirtschaftskonzeptes beschlossen werden soll.

Herr Jäkel spricht die Sanitärkeramik an. Er bittet um Information, wie die Entsorgung geregelt ist.

Frau Zierock (Bereich Umwelt und Natur) teilt mit, dass Sanitärkeramik zu den Bauabfällen zählt.

Herr Menzel weist auf die gesetzlichen Änderungen auf Bundesebene hin. Er wünscht sich im Konzept mehr Informationen zur Biotonne, z.B. wie gewisse Ziele erreicht werden können.

Herr Heuer macht darauf aufmerksam, dass mit der vorliegenden Drucksache lediglich die Auslegung des Abfallwirtschaftskonzeptes beschlossen wird.

Frau Müller-Preinesberger bittet um Zustimmung zur öffentlichen Auslegung des Abfallwirtschaftskonzeptes, um dann auch eine inhaltliche Diskussion führen zu können

Frau Lentz erklärt, dass der Entwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes im Abfallwirtschaftskonzept der LHP berücksichtigt wird. Es sollte aber auch eine stärkere Berücksichtigung der Klimaschutzaspekte festgehalten werden.

Dies sagt Frau Müller-Preinsberger zu.

Herr Kleinert weist darauf hin, dass die Vermeidung von Abfall sehr wichtig ist und perspektivisch diskutiert werden sollte.

Herr Menzel schlägt vor, eine Arbeitsgruppe zum Thema zu bilden.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Abfallwirtschaftskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2011 - 2016

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4 Straßenreinigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam (Teil Winterdienst) 2012

Vorlage: 12/SVV/0136

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Herr Heuer weist darauf hin, dass keine Veränderungen verwaltungsseitig aufgrund des Beschlusses der 6. Kammer des Verwaltungsgerichts Cottbus vorgenommen wurden.

Er bittet im Protokoll festzuhalten, dass in den vorliegenden Drucksachen aus den beschlossenen Satzungen für 2012 der Winterdienst herausgezogen wurde und nun gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Herr Kirsch weist darauf hin, dass in der Drucksache nicht der Winterdienst in der Virchowstraße ausgewiesen ist.

Herr Rietz fragt nach den rechtlichen Auswirkungen, wenn eine neue Satzung eingebracht wird.

Herr Dr. Gunold weist darauf hin, dass im § 2 Abs. 8 Gebührensatzung der letzte Satz nicht stimmig ist.

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) erklärt, dass nach Beschluss der Drucksache 12/SVV/0072 der Winterdienst aus vorgelegten Satzungen herausgenommen wurde. Inhaltlich wurden keine Änderungen vorgenommen. Zum § 2 (8) der Straßenreinigungsgebührensatzung 2012 (Teil Winterdienst) muss „in der“ gestrichen werden.

Sie bittet um Hinweise, wenn bereits vorgetragene Änderungswünsche nicht mehr enthalten sind. Diese wurden dann lediglich bei der Übertragung vergessen. Frau Kluge weist darauf hin, dass auch beanstandete Satzungen veröffentlicht werden müssen. Dazu ist die LHP verpflichtet. Dies eröffnet die Möglichkeit eine rückwirkende Satzung in Kraft zu setzen. Die alte Straßenreinigungssatzung bleibt bestehen, da sie keine zeitliche Begrenzung hat. Es gibt aber keine Gebührensatzung. Der Teil Winterdienst kann nach Beschluss der Winterdienstsatzung aus der Beanstandung herausgenommen werden. Die Winterdienstsatzung greift zum 01.01.2012. Ob dies für die Straßenreinigungssatzung möglich ist, ist noch zu prüfen.

Herr Kirsch bittet, dem Antrag zuzustimmen, um den Teil der Einnahmen zu sichern, der für die LHP wichtig ist.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Straßenreinigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam (Teil Winterdienst) 2012

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 5 Straßenreinigungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam (Teil Winterdienst) 2012

Vorlage: 12/SVV/0137

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Herr Rietz erklärt, dass er der Auffassung ist, dass der Anteil von 75 % der auf die Anlieger umgelegt wird, rechtswidrig ist und er sich deshalb enthält.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Straßenreinigungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam (Teil Winterdienst) 2012

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Qualitäten in der Speicherstadt sichern (vorgelagerter Uferweg Mittlere Speicherstadt)

Vorlage: 12/SVV/0029

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Garms (Bereich Grünflächen) bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass in der Ausgangsdrucksache 01/0330 ein Uferweg geplant war. Er teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE zum Haushalt einen entsprechenden Antrag einbringen wird.

Herr Kirsch macht darauf aufmerksam, dass das Geld nur einmal ausgegeben werden kann.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Berichte und Informationen

zu 7.1 Information zum aktuellen Stand Rahmenkonzeptes Babelsberger Livenacht

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) informiert, dass die für Anfang Januar 2012 geplante Zusammenkunft der mitwirkenden Gastronomen für eine geplante Livenacht 2012 nicht durchgeführt wurde. Auf telefonischer Nachfrage wurde mitgeteilt, dass im Mai 2012 keine Livenacht stattfinden wird. Geplant ist, eventuell diese Veranstaltung im Herbst bzw. erst im nächsten Jahr durchzuführen.

zu 7.2 Information zur Feuerwehrstatistik 2011

Herr Hülsebeck (FB Feuerwehr) gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick die Einsatz- und Bevölkerungsentwicklung von 2007 bis 2011 sowie das Einsatzaufkommen.

Herr Heuer spricht die hohe Zahl der Fehlalarme an und fragt, wie diese zustande kommen.

Hülsebeck erklärt, dass es sich hierbei um technische Brandmeldeanlagen handelt, die sehr wichtig sind, aber nicht immer richtig funktionieren.

zu 8 Sonstiges

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) nimmt Bezug auf die Bitte von Herrn Menzel um Information bezüglich der Parkplatzsituation im Umfeld der MBS Arena. Sie weist darauf hin, dass es sich hier um Privatgelände mit einem dazugehörigen Parkplatz handelt. Sie bestätigt, dass es am Eröffnungswochenende im Umfeld zu Problemen bezüglich der Parkplatzsituation gekommen ist. Zwischenzeitlich gibt es eine sehr entspannte Situation. Der Bereich wird regelmäßig durch den Außendienst kontrolliert und dokumentiert.

Herr Menzel stellt fest, dass die Aussagen von Frau Kluge im krassen Gegensatz zu den Beschwerden stehen. Der Luftschiffhafenbeirat sieht hier durchaus Probleme.

Herr Heuer verweist auf den angezeigten Informationsbedarf von Herrn Menzel zu Baumfällungen am Groß Glienicker See. Er weist darauf hin, dass als Tischvorlage eine Auflistung über geplante Baumfällungen ausgereicht wurde.

Herr Menzel weist darauf hin, dass es am Groß Glienicker See sehr viele gekennzeichnete Bäume gibt. Es gab auch Eingriffe in den Uferbaumbestand.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Bitte um Informationen über geplante Baumfällungen in der Turnstraße/Müllerstraße. Sie betont, dass noch keine schriftlichen Informationen vorliegen, dass das Verfahren nun beigelegt sein soll. Sie wird dies aber prüfen.

Herr Rietz bittet darum, dass in der Sitzung des KOUL-Ausschusses am 22.03.2012 das Thema Fundtierbetreuung beraten wird, da es hier offensichtlich unterschiedliche Auffassungen zwischen Verwaltung und Tierschutzverein gibt.

Herr Heuer schlägt vor, dies in die Tagesordnung aufzunehmen und Vertreter des TSV einzuladen.

Herr Kirsch regt an, in Vorbereitung auf die Sitzung von beiden Seiten eine Stellungnahme aufzufordern und diese dann im KOUL-Ausschuss zu beraten.

Herr Rietz würde bevorzugen, wenn dies an konkreten Beispielen erörtert wird.

Herr Jäkel spricht sich für die Ausreichung der schriftlichen Stellungnahmen aus.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Vorschlag von Herrn Kirsch.

5 stimmberechtigte Mitglieder stimmen dem Vorschlag zu.

Anschließend bittet Herr Heuer um Abstimmung über den Vorschlag von Herrn Rietz, den TSV und die Verwaltung einzuladen und anzuhören.

Diesem Vorschlag stimmen 6 Ausschussmitglieder zu.

Der Ausschuss verständigt sich dazu, dass in Vorbereitung auf die Sitzung schriftliche Stellungnahmen vom TSV und der Verwaltung ausgereicht werden. In der Sitzung sollten beide Seiten ihre jeweilige Position darstellen.

Nächster Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung: 22. März 2012, 18:00 Uhr

Pete Heuer
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

An die Mitglieder

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /
des Ausschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung		
36. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung		
Datum	Uhrzeit	Sitzungsort
22.03.2012	18:00 Uhr	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende/r



öffentlich

Betreff:

Umweltbelange beim Straßenausbau stärken

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 09.01.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Umweltbehörden und die Umweltverbände im Falle ihrer Zuständigkeit bei Straßenausbauvorhaben rechtzeitig vor Abschluss der Planung und vor der Beteiligung der Anrainer gehört und ihre Belange prioritär berücksichtigt werden.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Die Umweltverbände wurden zu den Baumfällungen beispielsweise in der Turnstraße erst gehört, nach dem alle Planungen abgeschlossen und die Anrainer beteiligt worden waren. Eine Berücksichtigung der Umweltbelange ist so nur noch eingeschränkt möglich.



öffentlich

Betreff:

Reduzierung von Verkehrslärm in der Friedrich-Engels-Straße

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum 09.01.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen zur Lärmreduzierung im Bericht der Friedrich-Engels-Straße zwischen dem Hauptbahnhof und Freiland e. V. zu prüfen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im 1. Quartal 2012 über die Umsetzung zu berichten.

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im o. g. Bereich der Friedrich-Engels-Straße ist bisher nur eine einseitige Wohnbebauung zu verzeichnen gewesen. Im Jahr 2010 ist das sogenannte "City- Quartier" mit 639 Wohneinheiten entstanden, dazu gekommen sind 2011 noch weitere ca.340 Wohneinheiten als " Betreutes Wohnen" entstanden.

Insbesondere durch LKW- und Bus-Verkehr in den Nachtstunden, sowie einigen unverbesserlichen Rasern , u.a.Taxen, ist die Wohn- und Aufenthaltsqualität sehr beeinträchtigt. Dazu kommt noch der Ausfall der Regionalbahnen, die durch ein erhöhtes Busaufkommen (10-Minuten-Takt) kompensiert werden.

Möglichkeiten der Lärmreduzierung bestehen z.B. in der Einrichtung einer Geschwindigkeitsreduzierung (oder ständiger Kontrolle) für Fahrzeuge über 7,5 t zwischen 22 und 06 Uhr oder/und die Führung über die Friedrich-List-Straße und das sogenannte "Meier-Ohr".

Schwerpunktartige Geschwindigkeitskontrollen können ggf. das Fahrverhalten auch im Hinblick auf die Einhaltung der bestehenden Geschwindigkeitsgrenze von 50 km/h-positiv beeinflussen.



öffentlich

Betreff:

Ökologische Baubegleitung bei Straßenbaumaßnahmen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 01.02.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei Tiefbaumaßnahmen in der Landeshauptstadt Potsdam eine ökologische Baubegleitung bei Straßenausbau- bzw. umbaumaßnahmen einzuführen.

Dabei sind als Richtlinien und Regeln zur Durchführung einer ökologischen Baubegleitung mehrere Quellen (BNatSchG, PBaumSchVO, RAS- LP 4, ZTV- Baumpflege, DIN 18920, etc.) zu beachten. Die fachgerechte Anwendung dieser Regeln und ihre korrekte Durchführung sollte durch (ö.b.u.v.) Sachverständige sichergestellt werden. Dabei sind Angaben zur Vitalität, Verkehrssicherung, Erhaltungswürdigkeit und zu Kostenvergleichen vor einem Fällantrag grundsätzlich dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung (KOUL) zum Einvernehmen vorzulegen.

Ziel einer ökol. Baubegleitung ist der Erhalt von Bäumen oder des Alleecharakters von Straßen unter Berücksichtigung der notwendigen Belange der Baumaßnahmen. Dazu ist ein Maßnahmenpaket erforderlich, welches den Akteuren ein fachgerechtes Vorgehen ermöglicht.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Mai 2012 ein Muster-Leistungsverzeichnis vorzulegen.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Von Straßenbaumaßnahmen gehen oft Gefahren für den Bestand der Straßenbäume aus. Durch Grabungsarbeiten verursachte unbemerkte Wurzelbeschädigungen mit der Folge von Pilzschäden und langfristiger Gefährdung der Verkehrssicherheit können aufgrund geringer Kontrollkapazitäten der Verwaltung nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Vorsorglich werden deshalb bei bestimmten Straßenbauvorhaben Bäume gefällt und durch Jungbäume ersetzt. Aufgrund dessen kommt es zu erheblichen Protesten, Demonstrationen und Ablehnung durch die Anwohner.

Stattdessen könnte durch eine ökologische Baubegleitung die Gefahr von Schäden am Wurzelwerk vermindert bzw. durch eine verstärkte kontrollierende Baubegleitung eher erkannt und nach den Regelwerken versorgt werden. Das ließe die Beibehaltung des alten Baumbestandes bei den Baumaßnahmen zu, das Erscheinungsbild und die klimarelevante Wirksamkeit stadtbildprägender Bäume und Straßenalleen könnten sichergestellt werden.



öffentlich

Betreff:

Kompensationsflächenkataster

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 01.02.2012

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Erstellung eines Kompensationsflächenkatasters (Flächenpool) mit integrierter Erfolgskontrolle zu veranlassen. Das Kataster soll konzeptionelle Bestandteile beinhalten (z.B. vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung, Projektbündelung, Koordinierung). Dazu sind entsprechende Ausgleichsflächen auszuweisen und in den Flächenpool aufzunehmen.

Ergebnis soll eine fachlich und politisch abgestimmte Vorgehensweise der Stadt zur Steuerung von Kompensationserfordernissen sein.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Juni-Sitzung 2012 über die Umsetzung zu unterrichten.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Für die Umsetzung der mit der Eingriffsregelung geforderten Maßnahmen ist eine Dokumentation derselben unbedingt von Nöten. Diese Dokumentation ist insbesondere wichtig um die Vollzugskontrolle und die Wirkungseinschätzung der Maßnahmen zu gewährleisten.

Mit der Entwicklung eines standardisierten Konzeptes für die Durchführung von Kontrollen der Bauleitplanung soll für die Genehmigungsbehörde und die Naturschutzbehörde ein Instrument für die sachgerechte und valide Durchführung der Erfolgskontrolle geschaffen werden.

Bislang zeichnet die Praxis sich durch relativ isolierte, unkoordinierte Ausweisungen von Ausgleichs- und Ersatzflächen im Rahmen der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG je nach Flächenverfügbarkeit aus. Ziel des Antrags ist, die ökologische Effizienz dieser Maßnahmen im Verbund zu erhöhen sowie durch eine gemeinsame Strategie eine effektivere und voraus blickende Flächenbeschaffung durchzuführen.



öffentlich

Betreff:

Verkehrsberuhigung Straße Am Sportplatz Groß Glinicke

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum 14.02.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, geeignete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, insbesondere zur Geschwindigkeitsbeschränkung, in der Straße „An der Sporthalle“ zu ergreifen.

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Stichstraße wurde in den 90er Jahren nur für die drei Gebäudekomplexe Seepromenade 8 / 8A / 8B errichtet und endete am Parkplatz des Hauses 8B. Nach dem Neubau der Sporthalle wurde die Straße verlängert und hat ihre ursprüngliche Funktion als kurze Anliegerstraße (ohne erkennbaren Gehweg) verloren. Die Bewohner der Gebäudekomplexe: Seniorenresidenz 8, des betreuten Wohnen An der Sporthalle 4 (vormals Seepromenade 8B) sowie Mitarbeiter und Eltern der Montessori-Kita An der Sporthalle 2 (vormals Seepromenade 8A) beschwerten sich nun schon seit Jahren, dass die Zufahrtsstraße zu den Sporthallen und dem Sportplatz mit so hohem Tempo befahren wird, dass Senioren und Kinder stark gefährdet sind. Sie fordern nunmehr in einer Petition geeignete Abhilfe (s. Anlage).



öffentlich

Betreff:
Tourismusbuskonzept

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 15.02.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das in der Begründung geschilderte Tourismusbuskonzept prüfen zu lassen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im September 2012 Bericht zu erstatten.

gez Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Das Tourismusbuskonzept soll dazu beitragen, dass die Emissionsbelastung der Stadt durch den Tourismusbusverkehr verringert und zugleich die breitere Erschließung des Stadtgebietes und der Sehenswürdigkeiten von Potsdam attraktiver wird.

In der gegenwärtigen Praxis durchqueren die Tourismusunternehmen mit ihren Reisebussen, meist aus Berlin kommend, ausschließlich die Stadt und fahren die verschiedenen Parkplätze der Schlösser bzw. Schlossanlagen an. Dabei erzeugen sie eine hohe Emissionsbelastung, ihr Besuch findet wirtschaftlich kaum Niederschlag in der Stadt, auch das Erlebnis der Stadt bleibt meist punktuell. Zur Lösung dieses Problems hat die Nachbarschaftsinitiative am Neuen Garten e. V., die besonders durch die Auswirkungen betroffen ist, folgende konzeptionelle Ansätze zur Diskussion gestellt:

Ausgangspunkt ist dabei, dass Stadt und Schlösserstiftung zur Zeit aufgrund des steigenden Bustourismus die Busparkplätze an den touristischen Brennpunkten

ausbauen. Diese sollen in Zukunft, umso bequemer durch Tourismusbusse angefahren und frequentiert werden können. Aber genau diese höhere Frequenz soll nach dem im Folgenden dargestellten Konzept verhindert bzw. eingeschränkt werden und zwar unter Nutzung der vorhandenen und jetzt ausgebauten Parkplätze.

Nach diesem Konzept fahren die schweren, lauten Touristenbusse keine Runden mehr durch die Stadt, sondern steuern den ersten, noch freien Parkplatz funkgesteuert an und bleiben dort ohne Gebühr stehen! Ein weiteres Ansteuern der übrigen Busparkplätze wäre zwar möglich, wäre aber mit spürbaren Gebühren verbunden: z.B. pro weiteren Parkplatz 50,00€, was bei weiteren zwei Parkplätzen 100,00€ und im Monat über tausend € zusätzliche Belastung für die Busunternehmen bedeuten kann. Um das zu vermeiden, steigen die Touristen bei dem ersten Halt ihres Busses aus, was wegen der Sehenswürdigkeit ohnehin geschehen würde und steigen nun in einen leichten, in Zukunft Elektro-Stadtbus um, der im permanenten Rundverkehr alle Potsdamer Sehenswürdigkeiten abfährt.

Die Touristen haben vorab, zusammen mit dem Ausflug nach Potsdam ein Touristenticket erworben, das es Ihnen ermöglicht als Gruppe, oder Individualisten an beliebigen Haltestellen aus, oder wieder einzusteigen. Zum Schluss wäre nach einer vorher verabredeten Zeit der Ausgangspunkt mit dem jeweiligen Touristenbus wieder erreicht, der dann auf kürzestem Weg Potsdam wieder verlässt.

Diese Rundfahrt durch das nördliche Potsdam kann durch eine "Acht" mit dem Kreuzungspunkt Potsdamer Hauptbahnhof ergänzt werden, wodurch dann die Attraktionen im Süden und Osten von Potsdam, bzw. dem Süd-Westen von Berlin erreichbar sind: Babelsberger Schloss, Filmstudios, Wannsee und Schloss Glienicke. Dieser Rundverkehr als Kreis bzw. Acht wäre auch für die S-Bahn-Touristen förderlich. Durch die Möglichkeit beliebig ein- und auszusteigen, sollen die Touristen animiert werden, sich in einem Café, oder zu einem kurzen Einkauf in der Stadt aufzuhalten. Die

Fahrer der Touristenbusse hätten in der Zwischenzeit die Möglichkeit einer Erholungspause. Die Rundfahrlinie wäre für die Potsdamer ebenfalls nutzbar.



Betreff:

öffentlich

Gewerbeflächensicherung

Einreicher: Bereich Wirtschaftsförderung

Erstellungsdatum 21.02.2012

Eingang 902: 21.02.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gewerbeflächensicherungskonzept (GSK) (Anlage 1)

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Die zur Entscheidung vorliegende Beschlussvorlage hat keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen für die Landeshauptstadt Potsdam.

Finanzielle Auswirkungen für die Landeshauptstadt Potsdam, die sich in der Folgezeit durch die erforderliche Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen ergeben - beispielsweise im Rahmen der Bauleitplanung – werden dann im konkreten Fall dargestellt.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

(Doppelklick auf die Tabelle und 2. Zeile je Spalte 0 Punkte (keine) bis 3 Punkte (sehr hohe Wirkung) vergeben.)

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
					0	keine

Gliederung der Beschlussvorlage:

In den Unterlagen, die in der Originalvorlage den Mitgliedern der beteiligten Fachausschüsse vorliegen, sind als Anlage enthalten:

„Gewerblichensicherungskonzept (GSK)“ (Anlage 1) (Seite 1-11)
einschließlich Anhang:

- Tabelle I „Gewerbliche Potenzialflächen 2020 (P 20-Flächen) nach Gebieten“ (Seite 1-5)
- Tabelle II „Gewerbliche Potenzialflächen 2020 (P 20-Flächen) nach Standorttypen“ (Seite 1-5)
- Plan 1 (Nord) „Gewerbliche Potenzialflächen 2020 (P 20-Flächen)“
- Plan 2 (Süd) „Gewerbliche Potenzialflächen 2020 (P 20-Flächen)“

Hinweis:

Die ebenfalls beiliegende „Richtlinie zur Sicherung der Gewerblichen Potenzialflächen der Landeshauptstadt Potsdam“ (Seite 1-3) (Anlage 2) wird durch den Oberbürgermeister in Kraft gesetzt.

Begründung:

Am 26.01.2011 beschloss die Stadtverordnetenversammlung in ihrer 28. öffentlichen Sitzung, dass durch die Stadtverwaltung das „Flächensicherungskonzept Gewerbliche Bauflächen“ zu erarbeiten und vorzulegen ist (Vorlage 10/SVV/0952, Nr.2, Stadtentwicklungskonzept Gewerbe (STEK Gewerbe)).

Danach galt es für die Verwaltung, „(...) den zu sichernden Kernbestand von Flächen, die gewerblich genutzt werden, als Gewerbflächen brachgefallen sind und als Gewerbflächen im Flächennutzungsplan und in den Bebauungsplänen ausgewiesen sind, in einem Flächensicherungskonzept Gewerbliche Bauflächen zu erfassen“.

Gleichzeitig sollte „(...) ein Verfahren entwickelt und vorgeschlagen werden, das im Falle künftig erforderlicher Umnutzungen einen Interessenausgleich vorsieht, der allen Aspekten der Stadtentwicklung gerecht wird, auch der wirtschaftlichen Entwicklung, und von den betroffenen Verwaltungsstrukturen gemeinsam getragen wird“. (Vorlage 10/SVV/0952, Stadtentwicklungskonzept Gewerbe (STEK Gewerbe), Begründung, S. 4)

Die große Zahl zu prüfender Standorte und die inhaltliche Komplexität der Thematik erforderten umfangreiche Vorarbeiten und fachliche Abstimmungen. Der Stadtverordnetenversammlung wurde bereits in der Sitzung am 02.11.2011 in der Mitteilungsvorlage „Flächensicherungskonzept Gewerbliche Bauflächen“ (DS Nr. 11/SVV/0721) der Stand der Klärungen berichtet und die Beschlussvorlage zur Stadtverordnetenversammlung im März 2012 angekündigt.

Zusammenfassung:

Mit dem vorliegenden Gewerbeflächensicherungskonzept und den darin empfohlenen Maßnahmen werden zunächst vor allem Vorkehrungen zur Sicherung der unverzichtbaren Substanz Gewerblicher Potenzialflächen getroffen.

Von entscheidender Bedeutung dabei ist die Anwendung der „Richtlinie zur Sicherung der Gewerblichen Potenzialflächen der Landeshauptstadt Potsdam“. Sie soll dazu beitragen, dass Entscheidungen, die Gewerbliche Potenzialflächen betreffen, ausgehend von ihrer Komplexität, im Geist einer ressortübergreifenden Gesamtverantwortung unter Berücksichtigung des gesamten Fachwissens der Verwaltung und aller Aspekte einer ausgewogenen Stadtentwicklung getroffen werden. Einseitige Entscheidungen, die Zielkonflikte zur Folge haben oder verschärfen, sollen dadurch ausgeschlossen werden.

Auf der Grundlage dieses Verständnisses und einer entsprechenden Verwaltungspraxis können dann schrittweise standortbezogene Aktivierungsmaßnahmen in Angriff genommen werden. Die planungsrechtliche Sicherung von P 20-Flächen, die sich in der „Prioritätenliste der Verbindlichen Bauleitplanung“ widerspiegelt, ist gewissermaßen der Einstieg in ein neues Kapitel der aktiven Gewerbeflächenpolitik mit dem Ziel, langfristig eine erfolgreiche und nachhaltige Stadtentwicklung aus gewerblicher und fiskalischer Sicht zu gewährleisten.